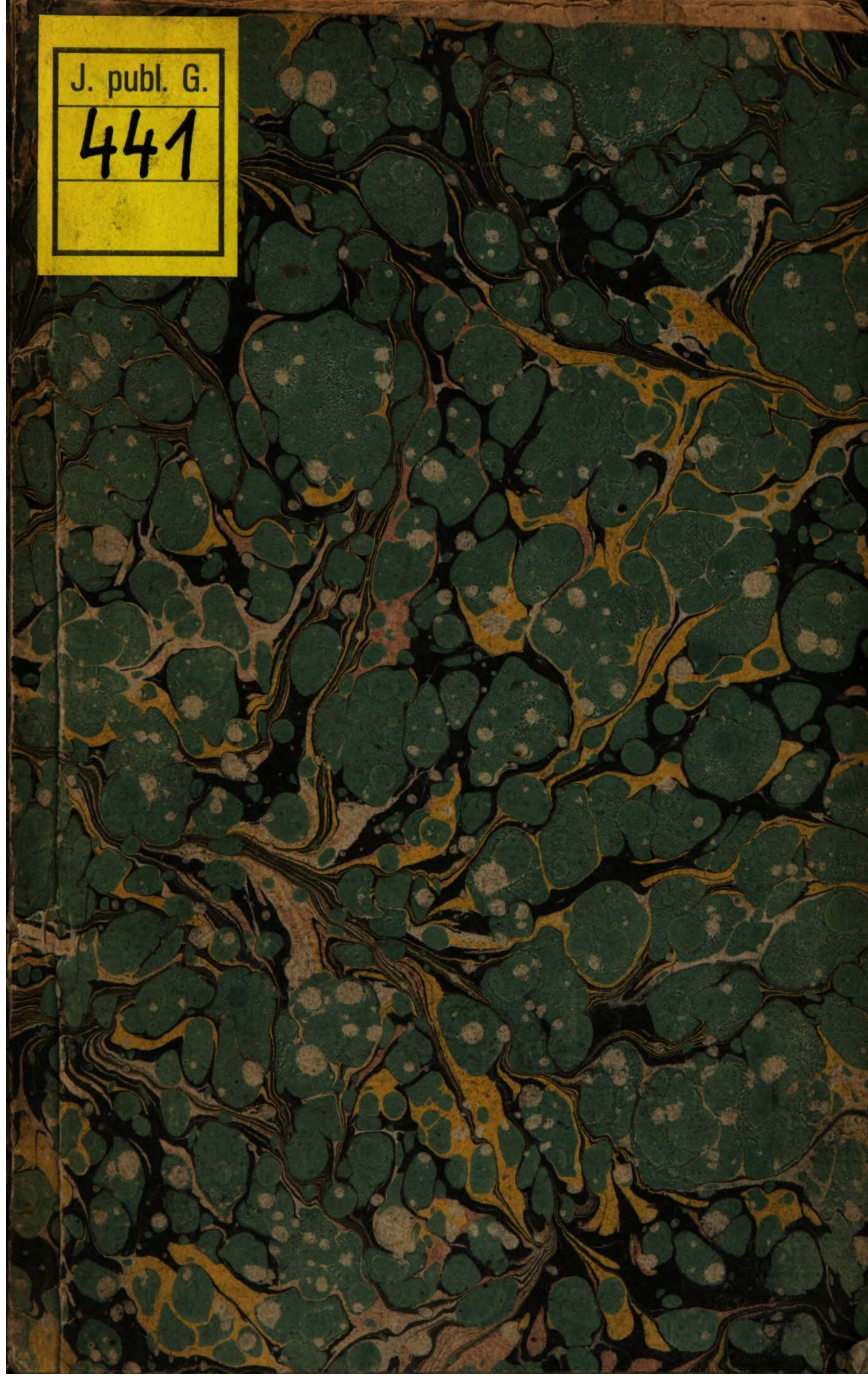


J. publ. G.

441



Aug. 23 96. J.

Rr

J. Publ. germ. 441

Maassregeln

<36602163930013

<36602163930013

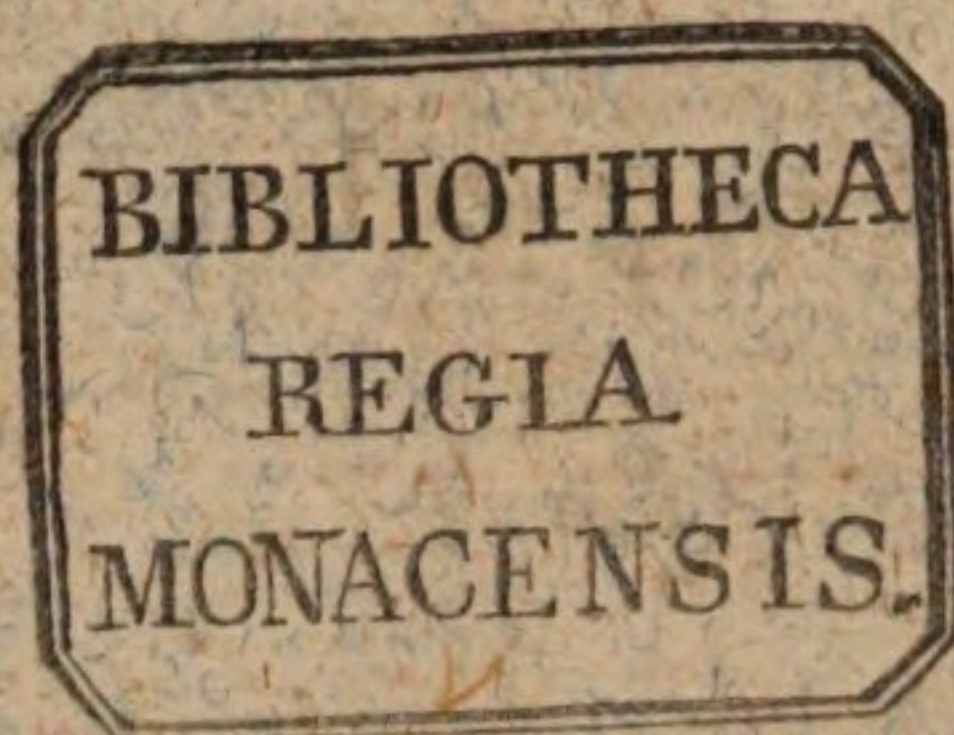
Bayer. Staatsbibliothek

Welche
M a a f s r e g e l n
kann wohl die
Reichsritterschaft
in
Franken und Schwaben
jezt ergreifen?

Ein Gegenstück
der
D r u c k s c h r i f t :

*Was für Maafsregeln hat wohl die Reichs-
ritterschaft in Franken und Schwaben itzt
zu ergreifen?*

1803.



De feudis quibusdam apud Electorem palatinum renovandis.

**Liberam imperii nobilitatem per Franconi-
niam, Szeviam, et tractum Rheni, cum dis-
trictibus appertinentibus, in suo Statu imme-
diato inviolate relinquat.**

Instrumentum pacis Osnabrugensis

Art. IV. §. 17.

Vor Erinnerung.

Die, ohne Benennung des Verfassers und Verlegers in dem letzten Monate des vorigen Jahrs im Drucke erschienene Schrift: Was für Maassregeln hat wohl die Reichsritterschaft in Franken und Schwaben itzt zu ergreifen? stellt die eben jetzt in unserem Vaterlande vor sich gehenden grossen Staatsveränderungen, nach ihren wahrscheinlichen Folgen auf die, einen eigenen reichsunmittelbaren Staatskörper bildende Reichsritterschaft, in einem so anziehenden Lichte dar, dass wohl schon der nur flüchtig darauf geworfene Blick zu dem Entschlusse bestimmen muss, das ausgestellte Bild näher zu betrachten. Die genauere Ansicht erregt den vortheilhaften Begriff von der Gabe des Mahlers, seinem Gegenstande durch eine am rechten Orte angebrachte Veränderung der Umrisse, durch hie und da aufge-

tragene blendende Lichter, und durch Verstärkung irgend eines Schattens gerade die Gestalt zu geben, in welcher er ihn von seinem Publicum erkannt zu sehen wünschet. Nach aufmerksamerer Untersuchung der angeblichen Schilderung nach der Natur, findet sich indessen bald, daß der Schwung der Phantasie den Künstler verleitet hat, das Bild nach seinem Ideale zu formen und zu staffiren, wodurch an der Treue des Gemäldes wo nicht alles, doch das Wesentliche verloren gegangen ist. Die Entscheidung über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieses Urtheils wird indessen wohl dadurch in Etwas erleichtert werden, daß dem hiezu berufenen Richter mit dem dargestellten Stücke zugleich ein Gegenstück vorgestellt wird, zwischen welchen er die Vergleichung um so vollständiger anstellen kann, da bey diesem auch die jenem unterstellten Gesichtspunkte angenommen worden sind.

Allerdings ist die Umgestaltung des teutschen Reichs eine Ereigniß, die jeder denkende

Teutsche lange schon vorausgesehen hat; der Anfang des Kriegs gegen Frankreich hat indessen zu dieser Erwartung den Anlaß nicht geben können. Als Teuschlands Reichsstände, mit der erforderlichen Macht versehen, von den Heeren grosser Monarchien unterstützt, vor dem Angesichte der Nation in schöner Eintracht das feyerliche Gelübde ablegten, des Vaterlandes Ehre, Verfassung und Untheilbarkeit wider den feindseligen Angriff der französischen Volksbeherrscher in Schutz zu nehmen, mußte wohl allgemeines Vertrauen auf den Erfolg dieser Unternehmung erregt werden. Das Beginnen des grossen Kampfes schwächte diese hohe Meinung, da es nur zu frühe sichtbar wurde, daß der Beschluss, mit verbundener Kraft die Rechte des Reichs unverletzt aufrecht zu halten, nicht so einverständlich, als er gefasst worden war, vollzogen werden würde. In der Wahl und Anwendung der zu Erreichung des Zwecks bereit gestandenen Mittel zeigte sich eine Ver-

schiedenheit der An- und Absichten, die das nöthige Zusammentreffen auf einem Punkte überall hinderten, hiedurch aber die ungünstige Folge des allgemeinen Scheiterns aller zur Rettung des Reichs getroffenen Anstalten herbeyführten. Unerwartet eingetretene Unfälle bewirkten endlich, dass der so schön bewährte, glühende Eifer, mit den Waffen in der Hand die gemeine Sache zu vertheidigen, erkaltete. Bey der einmal entstandenen Lauigkeit für das allgemeine Wohl des Vaterlandes erlosch alsdann bald auch der Gemein Sinn, und eben so bald erwachte der Egoismus, wonach dann alle Hoffnung einer Vereinigung, zu Sicherung des gemeinsamen Besten der in dem Reichsverbande vereinten teutschen Staaten verloren gieng. Von dieser Zeit an ist freylich wahrscheinlich geworden, dass, so wie die von dem französischen Volke durch Eroberungsrecht erworbenen teutschen Länder jenseits des Rheins nicht mehr wieder zu erlangen seyn würden, die um solche gebrach-

ten teutschen Fürsten sich durch Länder diesseits des Rheins zu entschädigen trachten dürften, alsdann aber mit der Form des Reichs die wichtigsten Grundveränderungen vorgenommen werden müßten.

Die Aussicht in eine solche Zukunft erregte bey denen, die ihr Heil allein in der bisherigen Reichsverfassung fanden, Furcht, bey denen, die ihr Heil in einem neuen, dem Systeme des Hypolitus a lapide anpassenden föderalistischen Staatenbunde, oder gar in einer ihren Wünschen gemäß vielleicht entstehenden Anarchie suchten, Hoffnung; der Wunsch der rechtlichen teutschen Männer gieng aber gewiß ungetheilt auf eine solche neue Einrichtung des teutschen Staatsgebäudes, welche den Reichsangehörigen für ihre auf dem Staatsunterwerfungsvertrage gegründeten Rechte den bis hieher durch die Reichsverfassung gewährten Schutz forthin zu leisten fähig wäre. Wessen Erwartungen werden erreicht werden, kann nur die Zu-

kunft zeigen. Daß aber die vermittelnden Mächte, der Kayser, die Reichsstände und Angehörige, die teutschen Regierungen und die Reichsunterthanen, — welche Veränderungen auch mit den Staaten, Regierungsformen und Regenten erfolgen mögen, ihr gleichseitiges Interesse in der Achtung ihrer gegenseitigen Rechte finden müssen, wenn sie nicht eine, die Sicherheit der Personen und des Eigenthums in ihrem ganzen Umfange vernichtende Auflösung des Staatsverbandes hervorbringen wollen, ist eine Wahrheit, welche die zu Schiedsrichtern in der großen Angelegenheit Teutschlands berufenen Großen in ihrem vollen Gewichte fühlen werden.

Wie alle Theilnehmer an der künftigen Reichsverfassung zu Erreichung dieses allgemeinen Endzweckes mit Anstrengung aller Kräfte beyzuwirken, sich verpflichtet achten müssen, so erkennet unfehlbar auch die teutsche Reichsritterschaft die ihr in diesem Betrachte aufliegende Verbindlichkeit. Dieser Reichs-

genossenschaft ist zuverlässig vorzüglich der Willen eigen, ihres Orts, insoferne es an ihr liegt, alles das zu leisten, was die Erfüllung des ersten Zweckes der Staatsvereinigung, Sicherheit der Rechte, befördern kann, weil eben so sehr Pflichtgefühl, wie Unmacht ihr jedes andere Verlangen, als die Sicherstellung ihrer wohlerworbenen Gerechtsame verbiethen, überhaupt aber deren Erdehnung über die diesen gesetzten Gränzen niemals ihre Absicht seyn kann. Unvermögend, den Anspruch auf Erhaltung durch physische Kraft geltend zu machen, kann die Reichsritterschaft hiezu andere Maaßregeln nicht wählen, als solche, die in einem den Forderungen des Rechtes und der Pflicht angemessenen Verhalten in der großen Crisis liegen, in welcher alte Staaten untergehen, und neue entstehen: ihr, die nur das will, was sie nach den strengsten Rechtsverhältnissen darf, der aber nur wenige Mittel zu Erreichung dieses Ziels zu Gebote stehen, müssen wahrlich alle wohlgemeynte

Rathschläge , und daher auch die des Verfassers der Schrift : Was für Maaßregeln hat wohl die Reichsritterschaft in Schwaben und Franken itzt zu ergreifen ? willkommen seyn ; nur muß ihr gegönnt seyn , den angebotenen guten Rath näher zu erwägen , ehe sie sich solchen eigen macht , da Anleitungen zu Handlungen , die über Seyn und Nichtseyn entscheiden sollen , von dem vernünftigen Wesen , ohne die volle Ueberzeugung ihrer Zweckmäßigkeit nicht angenommen werden dürfen. Um die der Reichsritterschaft als Richtschnur ihres gegenwärtigen Benehmens hingeggebenen Maaßregeln nach ihrem Werthe zu würdigen , wird wahrscheinlich kein Verfahren sicherer zum Ziele führen , als die genaue Verfolgung der , von dem mit den guten Rathschlägen hervorgetretenen Schriftsteller aufgestellten und entwickelten Ideen , in der Ordnung , die er gewählt hat , indem diesen die hiedurch veranlaßten Betrachtungen zugleich angereiht werden.

I.

Entstehung

der

Reichsritterschaft.

Die Betrachtung, daß nur nach richtiger Darstellung der von der Reichsritterschaft von ihrer ersten Entstehung an, bis auf ihre letzte Ausbildung erworbenen und erhaltenen Gerechtsamen das Urtheil über die Frage gefällt werden könne, auf welche Rechte hat dieser Staatskörper zu bestehen, und auf welche darf er verzichten, rechtfertigt vollkommen die geschichtliche Entwicklung des Ursprungs und der Ausbildung der

reichsritterschaftlichen Unmittelbarkeit. In dieser Hinsicht sagt sehr richtig der einsichtsvolle Verfasser des Artikels, Reichsritterschaft, in dem Repertorium des teutschen Staats - und Lehenrechts, *) „um sich von der sonderbaren Verfassung dieses politischen Körpers einen richtigen Begriff machen zu können, muß man vor allen Dingen die Entstehung derselben von seinem ersten Anfange aufspüren.“

In dem, so weit die Nachrichten reichen, bekannten ältesten Teutschland bestund schon eine Verschiedenheit der Stände. Edle, Freye, Freygelassene und Knechte stellten vier ganz eigene Abtheilungen des teutschen Volkes dar.

Die Edlen gaben gewöhnlich aus ihrer Mitte den König, und aus den Freyen wurden Anführer im Kriege gekührt. Unter der Leitung des Kö-

*) IV Th. Num. 145. S. 325—326.

nigs nahmen die im Wesentlichen nur einen Stand ausmachenden Edlen und Freyen an den Berathschlagungen und Beschlüssen über die gemeinsamen Volksangelegenheiten Antheil, und verfahren für die Zeit des Friedens und Krieges die wichtigsten Aemter bey dem Volke. Diese grossen Vorzüge des schon damals vorhanden gewesenen Adels gebührten den Edeln nach der damaligen Volksmeinung nicht nur im Leben, sondern auch nach dem Tode vermöge der Vererbung auf ihre Abkömmlinge, wodurch dann in der Folge der Erbadel erzeugt wurde. Als der gesellschaftliche Verein der teutschen Völker sich allmählig in eine geordnete und stete Staatsverfassung umbildete, setzten die Könige den in den verschiedenen Gauen vertheilten Bewohnern Teutschlands, aus den Edlen und Freyen der Nation gewählte Beamten vor, die unter des Königs Ansehen, die in der Machtsvollkommenheit des Nationaloberhauptes be-

ruhenden Rechte der Oberaufsicht, der
 Erhaltung der innern und äußern
 Sicherheit, der Gerechtigkeitsverwal-
 tung u. s. w. handzuhaben den Auf-
 trag hatten. Mit dieser Vollmacht
 erhielten mehrere in einem Bezirke
 vereinigte Gauen einen Herzog, die
 einzelnen Gauen aber einen Grafen als
 Vorsteher. Oberherrscher des teut-
 schen Volkes blieb immer der König;
 nur ihm waren Edle, Freye, Freyge-
 lassene und Knechte unterthänig; die
 dem Könige untergeordneten Herzoge
 und Grafen hatten blos, Kraft der
 ihnen von demselben ertheilten Macht,
 als Vollzieher der Reichsgesetze und
 königlichen Verordnungen einen An-
 theil an der Regierung, der sie nur in
 das Verhältniß königlicher Beamten
 versetzte, welches niemals eine eigene
 Herrlichkeit über die ihrem amtlichen
 Wirkungskreise untergebenen königli-
 chen Unterthanen in sich faßte. Diese
 politische Einrichtung erweiterte sich
 unter den Carolingischen und Fränki-

schen Königen in der Weise, daß die königlichen Staatsämter nach und nach sich von dem Vater auf die Söhne vererbten. Die Erblichkeit dieser Würden verschafte dem mit solchen bekleideten Adel mehr Ansehen und Reichthum, und dadurch einen Vorzug vor dem übrigen Adel, der die erste Ursache zu der in der Folge wichtig gewordenen Unterscheidung des teutschen Adels in einen hohen und niedern wurde.

Außer den Amtsvorrechten hatten die mit den königlichen Erbämtern begabten Edlen mit den andern Edlen, wie es dermalen noch der Fall bey hohem und niederm Adel ist, gleiche Rechte. Die in der Absicht, den gegen die Einbrüche auswärtiger Völker in Teutschland erbauten festen Städten tüchtige Vertheidiger zu geben, bewirkte Vertheilung der Freyen in Städte und Land, hatte die Folge, daß die in die Städte versetzten Edlen ihren Unterhalt auch in dem Betriebe bür-

gerlicher Gewerbe zu suchen, und sich überhaupt den Bürgern durch Verehelichung mit bürgerlichen Weibern gleich zu stellen anfiengen, während die auf ihren Landbesitzungen verbliebenen Edlen fortwährend die Führung des Schwerdts, der Lanze und der Armbrust im Kriege und auf der Jagd als ihren wahren Beruf erkannten, und sich durch Verheyrathung mit andern als Standesgenossen, niemals mit den übrigen Ständen vermischten. Diese unverändert bewirkte Erhaltung der Sitten der Vorältern schien den Freyen vom Lande ein Recht zu der möglichst genauen Annäherung an Herzoge, Grafen und Herren zu geben, wodurch dann die in unseren Zeiten noch bestehende engere Verbindung des niedern Adels mit dem hohen Adel gestiftet wurde. Auf diese Weise gelang es den Edlen und Freyen, sich in ihrer alleinigen Unterwürfigkeit gegen den König zu erhalten, welcher sie theils selbst unmittelbar, theils mittelst kö-

niglicher Vollmacht durch seine Staatsbeamten, nämlich Herzoge und Grafen regierte, gegen welche sie in dem Verhältniffe des Heerbanns und des Gerichtszwangs stunden, ohne jemals eine andere, als die königliche Oberherrlichkeit sich gefallen zu lassen. Solange die Kayser ihre volle Aufmerksamkeit und Macht auf die Erhaltung der kayserlichen Regierungsrechte in dem Reiche richten konnten, hielten sich die hohen kayserlichen Beamten auch genau daran, in des Kayfers Namen ihr Amt zu verwalten, und wagten es nicht, aus eigener Gewalt über die ihrer Aufsicht und Gerichtsverwaltung Untergebene zu schalten und zu walten. Als indessen heilige und unheilige, äussere und innere Fehden, in Verbindung mit der, die Herabsetzung des Kayserthums bezweckenden Politik ehr- und habfüchtiger Päbste, und der, von diesen zu ihren Absichten gewonnenen, nach Vergrößerung des eigenen Ansehens und Vermögens gei-

zenden teutschen Großen, die Kayser hinderten, ihre Reichsoberhauptliche Machtvollkommenheit überall mit dem gehörigen Nachdruck aufrecht zu halten, wagten es allmählig die kaiserlichen Erbbeamten, vorzüglich die Herzoge, mit glücklichem Erfolge nach einer größeren Unabhängigkeit zu streben. Die vorhin blos aus kaiserlichem Auftrage gehandhabten Gerechtsamen wurden nun größeren Theils aus eigener Macht, zu eigenem Vortheile, über die ihrer herzoglichen Amtsverwaltung unterstellten Fürsten, Grafen, Herren und Edlen geltend gemacht. Indessen rettete doch immer der, als die Hauptschutzwaffe des Adels, damals in Teutschland empor gekommene Ritterstand den hohen und niedern Adel vor der völligen willkührlichen Unterwerfung unter die Gewalt der Herzoge, wenn er gleich den Adel in manchen Herzogthümern in eine große Abhängigkeit verlezte.

Am Rheinstrome, wo niemals Herzoge waren, welche die kayserlichen Unterthanen zu unterdrücken vermochten, erhielt der Adel seine Unmittelbarkeit unter dem Kayser in seiner ganzen Vollkommenheit. In Franken wurde eben auch die Unmittelbarkeit und Freyheit des Adels in ihrem ganzen Umfange erhalten, bis Kayser Heinrich V. seinem Sohne Conrad von Stauffen das Herzogthum über dieses Land verlieh. Eben dies war auch der Fall mit Schwaben und Elsass, solange nicht Schwaben und Franken mit Elsass an das zugleich mit der Kayserwürde beglückte Haus Hohenstaufen gebracht worden war. Die Fürsten des hohenstauffenschen Hauses übten dann das mit der kayserlichen Gewalt verbundene herzogliche Amt über Franken, Schwaben und Elsass so vollkommen und ausschliesslich aus, wie sie es vermochten, nachdem einmal die unmittelbar der kayserlichen Krone vorbehaltenen, und die

mittelbar den Herzogen zur Verwaltung übertragenen Majestätsrechte in der Macht einer und derselben Person vereinigt waren. Nur durch den Zusammenfluß der kayserlichen und herzoglichen Gerechtsamen entstand die unbeschränktere Abhängigkeit des in diesen Herzogthümern angefessenen Reichsadels von den Hohenstauffen. Immerhin blieb aber des Kayfers Herrschaft von der herzoglichen Amtsherrschaft thetisch unterschieden, wenn auch gleichwohl hypothetisch vereint. Wie dann die Hohenstauffen Kayser- und Herzogswürde verloren, in Franken und Schwaben auch neue Herzoge nicht eingesetzt wurden, kamen die in diesen vormaligen Herzogthümern ansässigen reichsunmittelbaren Fürsten, Grafen, Herren und Edelleute wieder allein unter die kayserliche Hoheit, die nun der Kayser in ihrer ganzen Ausdehnung unmittelbar über diese Lande ausübte.

Aus dieser treuen Darstellung der

Geschichte des Reichsadels bis auf die Periode des Verfalls der schwäbischen und fränkischen Herzogthümer erhellet, daß bis dahin, wo nicht der gesamte, doch der rheinische, fränkische, schwäbische und elfassische Adel in Teutschland immerhin unmittelbar nur der Könige und Kayser Unterthanen, wenn auch zum Theile unter der Aufsicht der als königliche und kaiserliche Erbbeamten aufgestellt gewesenen Herzoge bliebe, daher in der Zeit der Erlöschung der hohenstauffischen Herzogthümer niemals zur Mittelbarkeit herabgesunken, und nachher wieder zur Unmittelbarkeit hinangestiegen seyn konnte.

Eine mit den geschichtlichen Aufschlüssen nicht vereinbarliche Meynung ist es also, wenn die Entstehung der Reichsritterschaft in einem von dem unmittelbaren Reichsadel, nach dem Umsturze des hohenstauffischen Hauses, mit dem Schwerde in der Faust genommenen Schwunge zur Reichsfreyheit erfunden werden will.

Dieser Reichsadel focht in der stürmischen Zeit des Zwischenreichs mit Kraft und Glück für seine Unmittelbarkeit unter der alleinigen kaiserlichen Hoheit, aber nur um dieses Genossenschaftseigenthum zu behaupten, nicht aber um eine neue Erwerbung mit solchem zu machen. Gleichgültig ist es für die Reichsunmittelbarkeit des Adels der fränkischen, rheinischen und schwäbischen Lande, ob wirklich am Ende des 12ten Jahrhunderts Landfässigkeit des Edelmanns für die Regel, die Unmittelbarkeit desselben aber als seltene Ausnahme gegolten habe, da dem rheinischen fränkischen und schwäbischen Adel seine damals schon bestandene vollkommene Reichsfreyheit und Unmittelbarkeit allgemein, ja selbst auch von dem — nach dem Anscheine, dieser nicht wohl gewogenen Verfasser der eben in eine etwas genauere Sichte genommenen Abhandlung über die Entstehung des reichsritterschaftlichen Staatskörpers zuerkannt wird.

II.

Ausbildung
und
bisherige Erhaltung
der
Reichsritterschaft.

Der in Teutschland durch eigenthümliche Uebertragung kayserlicher Regalien auf Bischöfe, Herzoge, Fürsten und Grafen, dann durch die mit der Abnahme der Gewalt des Kayfers bewirkte Zunahme der Macht der Reichsstände allmählig bewirkte Uebergang des ehemaligen Feudalsystems in das dermalige Territorialsystem erzeugte in den Mächtigen den mit einem gewissen Kraftgeföhle immerhin verbunde-

nen Hang, die Mindermächtigen in die möglichst groſſe Abhängigkeit zu verſetzen. Ein ſolcher Andrang der Stärkeren gegen die Schwächeren mußte dann natürlich dieſe beſtimmen, den dagegen nothwendigen Widerſtand in der Vereinigung der Kräfte der bedroheten Einzelnen zu ſuchen. So entſtanden Verbindungen gegen die gewaltigen Verſuche der Groſſen, die Kleinen zu verſchlingen, an welchen die unmittelbaren Reichsritter vorzüglich Theil nahmen. Anfänglich wurden dergleichen Bündniſſe nur gegen den augenblicklichen Anfall eingegangen; nachher wurden ſie aber auf längere Dauer geſchloſſen. Endlich fanden vorzüglich die Mitglieder des Reichsadels am Rhein, in Franken und in Schwaben für ihre Sicherheit nothwendig, förmliche geordneteſere Geſellſchaften unter der Leitung von Hauptleuten und Vorſtehern zu errichten, welche nach gemeinſamen Berathungen und Beſchlüſſen zur

Erreichung des Endzweckes, sich als alleinige und unmittelbare Unterthanen des Kayfers, und die wohlerworbene Freyheit ihrer Personen und Güter zu behaupten, alle in der Eini- gung begriffene Mittel in Anwendung bringen sollten. Auf diese Weise erhielten die reichsadelichen Gesellschaften des Löwen in Schwaben, und am Rhein, und des St. Wilhelms und St. Georgs in Schwaben und Franken ihren Ursprung, dessen sie sich durch den kraftvollsten und glücklichsten Kampf für Vaterland, Freyheit und Recht würdig machten. Diese dem Wohle des Reichs so vortheilhaften Vergesellschaftungen erlangten des Kayfers Wohlgefallen in so vollem Maasse, dafs er sie 1422 feyerlich in Schutz nahm, und ihnen die vollkommenste Bestättigung ertheilte, ja selbst nachher die reichsadelichen Bundesgenossen durch eine eigene kayserliche Gesandtschaft zu Befestigung und Verstärkung dieses heilsamen Verthei-

digungsbundes der Reichs-Unmittelbarkeit und Freyheit ermahnen und auffordern liefs. Die Reichsritter in den schwäbischen, fränkischen und rheinischen Landen theilten sich dann schon in gewisse Bezirke ein, die größtentheils mit eben den Namen bezeichnet wurden, unter welchen die gegenwärtigen bestehenden Ritterorte bekannt sind.

Die erste allgemeine Versammlung der in die genannten Gesellschaften eingetheilt gewesenen Reichsritterschaft fand 1496 in Culmbach statt. In der Folge erachtete die Reichsritterschaft es für noch zuträglicher, sich nach den von ihr bewohnten rheinischen, fränkischen und schwäbischen Landen in verschiedene Genossenschaften, diese aber wieder in bestimmte Cantone einzutheilen. So entstanden die rheinischen, fränkischen und schwäbischen Ritterkreise, in dem Vereine unter einem Generaldirektorium der drey Kreise, deren jedem wieder

ein Specialdirektorium vorgefetzt wurde, welchem man die Beforgung der gemeinfamen Angelegenheiten der unter der Leitung von Hauptleuten, Räten und Auschüffen geftellten einzelnen Ritterorte übertrug. Am Rheine bildeten fich die erften befondern Vereine des unmittelbaren Reichsadels im Jahre 1522, in Verfolg welcher die in die Cantone Oberrhein, Niederrhein und Mittelrhein vertheilte Reichsritterschaft fich in einen Körper vereinigte, der durch Errichtung der Ritterordnung im Jahre 1652 feine dermalige Verfaßung erhielt. In Franken wurden die erften Vereinigungen der Reichsritter dieses Landes 1496 in einer Verfammlung zu Schweinfurt gefchlossen. 1515 fand eine abermalige Zufammenkunft dieser Ritterschaft in Windsheim ftatt, bey welcher fie schon nach der Eintheilung in die 6 Orte, Ottenwald, Gebirg, Rhönwerra, Steigerwald, Baunach und Altmühl auftrat. 1517 gab

die fränkische Reichsritterschaft eine Sammlung ihrer Statuten heraus, und 1590 verfasste sie ihre Ritterordnung. Die reichsunmittelbare Ritterschaft in Schwaben erneuerte ihre früher mit den Ständen geschlossenen Verbindungen für sich im Jahre 1543, bildete sich in bestimmte Cantone, und theilte sich nach der Aufnahme des vorher außer Verbindung mit den übrigen Ritterorten gestandenen Orts Craichgau in die fünf Cantone Donau; Hegau, Algau, und am Bodensee; Neckar; Schwarzwald und Ortenau; Kocher; und Kraichgau. 1560 errichtete dann diese Ritterschaft ihre Ritterordnung. In Elsass befanden wegen der Ritterschaft ähnliche Verhältnisse; deren Darstellung liegt aber, da dieses Land und dessen Adel längst schon von Teutschland abgerissen worden ist, außer dem Zwecke dieser Schrift.

Die Ritterschaften der schwäbischen, fränkischen und rheinischen Kreise fanden nun bald, daß die Aufrechthal-

tung ihrer gemeinschaftlichen Rechte eine nähere Vereinigung der Ritterkreise erfordere. Die im Jahre 1496 wegen des gemeinsamen Interesse, sich nicht die allgemeine Reichsanlage aufbürden zu lassen, in Culmbach abgehaltene Versammlung des reichsunmittelbaren Adels mochte wohl in dieser Hinsicht für ein Beyspiel angesehen werden, welches als nützlich Nachahmung verdiente. Vorerst erfolgte die Einladung zu einer solchen Vereinigung der Kreise, zur Besorgung der gemeinen Angelegenheiten von Schwaben 1559. Franken und Rheinstrom gaben hiezu ihre Einwilligung 1564, und der erste Zusammentritt der drey Kreise fand 1575 statt. Ein in Mergentheim 1577 gefasster Correspondenztagsrecess und ein 1650 geschlossener Conjunctionsrecess stellte dann die Verbindung schlüssig her, in welcher die Ritterkreise der unmittelbaren Reichsritterschaft dormalen untereinander stehen.

Unter dem Schutze des Kayfers und Reichs erhielt die Reichsritterschaft die — sie den Fürsten und Grafen des Reichs gleichstellende Reichsunmittelbarkeit bis auf den heutigen Tage. Als dem unseligen dreyßigjährigen Kriege die erwünschten Friedensschlüsse von Münster und Osnabrück ein Ende machten, befestigte dieses wohlthätige Friedensgesetz neuerlich den Teutschen ihre während des Kriegs so sehr erschüttert gewordenen Rechte aller Art, vorzüglich aber die den Ständen und der unmittelbaren Ritterschaft des Reichs eigenen Hoheits- und Unmittelbarkeits - Gerechtsamen, indem es deren Erhaltung durch die bestimmtesten Verordnungen der gesetzgebenden, richterlichen und vollziehenden Macht zur Obliegenheit machte.

Besonders legten die Gesandten von Frankreich und Schweden in ihrem ersten Antrage das Verlangen vor, der Reichsritterschaft wohl hergebrachte Freyheit und Unmittelbarkeit aufrecht

zu halten, und wo sie davon verdrängt worden wäre, sie wieder einzusetzen. Kayser und Reich entsprachen auch diesem Ansinnen im vollsten Maasse. Das Reichsoberhaupt, vereinigt mit den Ständen des Reichs, erkannte in diesem Friedensschlusse unter der Gewährleistung der Kronen Frankreich und Schweden, feyerlich der Reichsritterschaft Reichsunmittelbarkeit und deren Gleichstellung mit den Churfürsten, Fürsten und Ständen, in allen den Verhältnissen, die dieses Reichsgrundgesetz in Beziehung auf Hoheitsrechte, auf Personalfreyheit und auf Eigenthum festsetzte, vollständig an, indem sie noch ausdrücklich die Reichsritterschaft unter den Schutz des Friedens versetzten. Ein gleiches Anerkenntnis der Rechte leisteten Kayser und Reich der Reichsritterschaft in allen auf dem Grunde des westphälischen Friedens nachher errichteten Staatsverträgen, vorzüglich in den Wahlcapitulationen der Kayser, in welchen der

neu zu erwählende Kayser vorderfamst geloben mußte, auch die unmittelbare freye Reichsritterschaft, gleich den Ständen, bey ihren Hoheiten, Würden, Rechten und Gerechtigkeiten, Macht und Gewalt zu schützen.

Feindselige Gefinnungen mancher reichsständischen Regierungen gefährdeten indeffen doch oft noch die Ruhe und Sicherheit des unmittelbaren Reichsadels; Kayser und Reich gewährten ihr aber dagegen den kräftigsten Schutz der Reichsgrundgesetze so wirksam, daß auch die heftigsten Angriffe auf diesen Staatskörper scheiterten. Vorzüglich gefährlich waren der Freyheit und Unmittelbarkeit der Reichsritterschaft jene im 18ten Jahrhunderte unternommene ständische Recurse an den Reichstag, die unter dem Anscheine des billigen Verlangens der Fassung eines Regulativs, welches doch einmal die wahren Gerechtsame der Reichsritter mit Bestimmtheit und Deutlichkeit, zu Vermeidung künfti-

ger Irrungen festsetzen sollte, nichts Geringeres bezielten, als die Vernichtung der reichsritterschaftlichen Unmittelbarkeitsrechte. Die Gerechtigkeit der Sache der Reichsritterschaft siegte aber, indem Kayser und Reich in die Anträge der dieser reichsadelichen Genossenschaft übelwollenden Stände nicht eingingen. Wenn denn auch in der Folge, bey eingetretenen ungünstigen Umständen, es manchem übermächtigen Reichsfürsten gelang, der Reichsritterschaft Rechte und Güter mit Gewalt zu entreißen, so erlangten diese Thathandlungen dennoch niemals noch des Reichsoberhaupt's und des Reichs Genehmigung; vielmehr wurde ihr rechtliche und vollständige Abhilfe vorbehalten. Der Reichsritterschaft verfassungsmässige Reichsunmittelbarkeit blieb daher im Ganzen immerhin unter der Garantie der Constitution gestellt, wenn dieselbe ohne Recht, in der That, auch

in manchen einzelnen Theilen verletzt wurde.

Dieser mit flüchtigen Zügen entworfene Abriss der Entstehung und Ausbildung der reichsritterschaftlichen Unmittelbarkeit in Schwaben, in Franken und am Rhein genüget zuverlässig, um die Ansicht zu geben, daß der Reichsritterschaft dermalige Existenz auf den nämlichen Gründen beruhe, auf welche Stand, Würde und Hoheit der Fürsten und Stände des Reichs sich stützen. Die Erwerbungs titel der Rechte der Einen wie der Andern sind die nämlichen. Kayserliche Verleihungen, Zugeständnisse in den Reichsstaatsverträgen und die Gewährleistungen fremder Mächte in den die innere Form des Reichs mitbestimmenden Friedensschlüssen, ertheilten und sicherten die gemeinsamen reichsstaatsrechtlichen Gerechtsame der Reichsstände und der Reichsritter. Die Geschichte beweist, daß nicht besondere Umstände, wie die Erlöschung des hohenstauf-

fenschen Hauses, erst im 13ten Jahrhunderte dem Reichsadel Unmittelbarkeit verschafften, sondern diese Eigenheit des hohen wie des niedern Adels in Teutschland von den ältesten Zeiten der teutschen Monarchie bestand, die Erledigung der Herzogthümer in Schwaben und Franken aber nur in sofern auf die Unmittelbarkeit des Adels in diesen Landen Einfluss gehabt habe, daß in diesen Gegenden nach dem Abgange der Herzoge aus dem hohenslauffischen Geschlechte nicht andere Herzoge eingesetzt worden sind, denen es, wie den Herzogen der übrigen Reichslande, hätte gelingen können, durch ihre Macht die reichsunmittelbare Ritterschaft unter die Landesherrlichkeit zu bringen. Eben so liegt es auch in der Natur der Sache, daß der Reichsritterschaft Unmittelbarkeit in der ihr sonst in vielem Betrachte vortheilhaft gewesenen Existenz der teutschen Erz- und Hoch-Stifter und deren Domcapiteln

nicht gerade eine solche Stütze gehabt habe, daß mit deren Umsturze auch ihr Untergang verbunden seyn müsse. Im Wesentlichen bestund die Reichsunmittelbarkeit der Reichsritterschaft, ehe noch den geistlichen Fürstenthümern die für den Reichsadel so nützliche Ausbildung gegeben war; sie erhielt sich durch den Schutz des Kayfers und des Reichs, auch in den Gegenden, wo geistliche Regierungen nicht vorhanden waren. Wahr ist es indessen, daß die zu den geistlichen Fürstenthümern und zu den Dompräbenden durch ihre reichsadeliche Geburt gelangten Genossen der Reichsritterschaft sich oftmals dankbar ihrer Herkunft erinnerten, und in ihrem Wirkungskreise zum Besten des Reichsadels handelten. Eben so wahr ist es aber auch, daß nicht selten geistliche Fürsten sich mit den weltlichen Fürsten zur Beeinträchtigung der reichsritterschaftlichen Reichsunmittelbarkeitsrechte vereinigten, und Domcapit-

tel in ihren verfassungsmässigen Verhältnissen zum Nachtheile der Reichsritterschaft wirkten ; leidige Beyspiele finden sich in den Reichstagsacten, bey den verschiedenen Unionen und Recursen gegen die Reichsritterschaft in den reichsgerichtlichen Archiven , in den älteren und neueren Regierungsverhältnissen gegen den Reichsadel wegen dessen Personal - und Real-Freyheiten, in den neuesten Wahlcapitulationen der Fürstbischöffe u. s. w.

Allemaal ist aber richtig, daß auch ohne geistliche Staaten und Domcapitel ein Staatskörper, wie die Reichsritterschaft, bestehen könne, dessen Bestand sich auf die Reichsconstitution, die heilige Basis der ReichsStandes - und Familien - Rechte der Reichsstände und der Reichsritter so unzertrennlich gründet, daß wenn diese Grundlage diesen entrücket werden solle, sie auch jenen entzogen wird, in diesem Falle also die rechtliche Existenz der Einen, wie der

Andern zugleich vernichtet werden müsse. Will der Verfasser der Schrift: Was für Maaßregeln hat wohl die Reichsritterschaft in Franken und Schwaben itzt zu ergreifen? nun in der Secularisation der geistlichen Reichsstände einen solchen Umsturz, der das Fundament aller Rechte der teutschen Staatsgenossen ausmachenden Reichsverfassung finden, daß dadurch auch die Reichsritterschaft über den Haufen geworfen werden müsse, so sagt er zugleich den in rechtlicher Hinsicht eben auch nur auf dem Grunde der Constitution feststehenden, vorzüglich den mindermächtigen, weltlichen Reichsfürsten ihr Schicksal voraus.

Welches Loos einem solchen neuen Propheten, selbst von Seite derer, welchen er durch die Unterjochung der Reichsritterschaft, vorerst wenigstens einen Zuwachs an Landen und Unterthanen verschaffen will, bevorstehen wird, muß die Zeit lehren.

III.

Künftiges Schicksal

der

Reichsritterschaft.

Die Reichsritterschaft aus den Trümmern des hohenstauffischen Hauses hervorgehen zu lassen, ist, wie bereits gezeigt worden, ein mit der Geschichte im Widerspruche stehendes, daher wohl keinen Fortgang gewinnendes Beginnen. Die Reichsunmittelbarkeit und Freyheit der Reichsritter gründet sich auf das in dem ältesten Zeitraume der teutschen Monarchie bestandene Verhältniß der unmittelbaren Unterthänigkeit der Edlen und Freyen unter den König, auf die mit Gut und Blut

durch alle Jahrhunderte von dem rheinischen, fränkischen und schwäbischen Adel behauptete Freyheit von jeder andern, als der constitutionellen Oberherrschaft des Kayfers und Reichs, auf die unter dem Schutze der Reichsverfassung und des Reichsoberhauptes, nach der dem Adel zustehenden Avtonomie geschlossenen reichsritterschaftlichen Vereine, und endlich auf die Sanction und Garantie der Reichsgrundgesetze. Einzelne Staatsveränderungen im Reiche haben wohl für die Befestigung der Gebieths-Genossenschaft und Staats-Gerechtfamen der Reichsritterschaft, eben so, wie für die Sicherstellung der Landesherrlichen-Collegial- und Reichs-Rechte der Reichsstände günstige Folgen gehabt; es läßt sich aber darum nicht sagen, daß die schon mit dem Ursprunge des teutschen Völkervereins zugleich entstandene Reichsunmittelbarkeit des Reichsadels einer Staatsveränderung, wie die der Erlö-

schung der schwäbischen und fränki-
 schen Herzogthümer, ihre dermalige
 Existenz schuldig sey. Nicht nur
 Geschichte und Staatsrecht überhaupt,
 sondern auch selbst die Archive der
 Staaten, welche die Gebiethen der
 Reichsritterschaft umgränzen, enthal-
 ten das vollgültigste Zeugniß über
 die Richtigkeit der in dieser Schrift
 versuchten Entwicklung der Entste-
 hung und Ausbildung des reichsrit-
 terschaftlichen Staatskörpers. In den
 über die Verbindung dieser Reichs-
 lande mit den reichsritterschaftlichen
 Besitzungen vorhandenen Urkunden
 findet der wahrheitsuchende Forscher
 die Gewissheit, daß in den Landen der
 Stände, wo noch jetzt die Reichsrit-
 terschaft in ihrem Wesen bestehet,
 von den ältesten Zeiten her, der in
 solchen begüterte Adel nur dem Kay-
 ser ohne Mittel unterthänig gewesen
 ist, und sich bis auf die neueste Zeit
 von der Herrschaft des Landesherrn
 frey erhalten hat, ohne daß jemals

Dienst- und Lehenverband oder irgend ein anderes Verhältniß ihn zu einer Unterwürfigkeit hat bringen können. In diesem Betrachte kann es auch niemals dem heftigsten Gegner der Reichsritterschaft gelingen, mit dem Beyfalle Sachekundiger und rechtsliebender Männer aus wahrhaft geschichtlichen und staatsrechtlichen Daten zu beweisen, daß die Reichsritterschaft ihr heutiges, durch die Reichsverfassung geheiligtes Daseyn nur zufälligen Befreyungen von ständischer Hoheit, wie diese in dem Abgange der schwäbischen und fränkischen Herzoge erfunden werden will, zu verdanken habe; vielmehr muß selbst der Feind der reichsritterschaftlichen Unmittelbarkeit, wenn er nicht die vollkommenste Unkunde oder den schlechtesten Glauben am Tage legen will, bekennen, daß die Gerechtsame des reichsunmittelbaren Adels in der Urverfassung Teutschlands ihren Ursprung haben, in der von Kayser und Reich

dem Reiche durch Staatsvertrag gegebenen heutigen Reichsverfassung stätig fort bestätigt, und durch besondere Verträge der einzelnen Regierungen der Reichslande, innerhalb welcher Reichsritterschaft bestehet, auf das feyerlichste und verbindlichste anerkannt worden sind.

Das wirklich gleichsam durch Zauberkünfte hervorgebrachte Wunder der Zerstörung der auf der Basis der Constitution eben so fest als der weltlichen Stände Hoheit gegründeten Standschaft und Landesherrschaft der geistlichen Reichsstände bewähret nun freylich, dafs in dieser besten Welt die heiligsten Rechte nicht für die Ewigkeit erworben werden können; in diesem Ereignisse liegt aber nicht die Nothwendigkeit einer in dem nämlichen Augenblicke erfolgenden Vernichtung der Rechte anderer Stände und Reichsunmittelbaren. Die nach der Verlöschung der geistlichen Reichsstände aus der Reihe der teutschen

Fürsten einzuführende neue Ordnung der Dinge kann in der Form des Reichs, ihrer Natur nach, eine größere Umgestaltung nicht erzeugen, als daß außer dem noch beybehaltenen Churfürsten Erzkanzler, eigentlich geistliche Stände und Regenten fernerhin in Teutschland nicht mehr bestehen werden. Die persönlichen, Territorial- und eigenthümlichen Verhältnisse der übrigen Fürsten, Stände und Reichsunmittelbaren bleiben im Wesentlichen unverändert nach wie vor in dem ihnen durch die Reichsverfassung gegebenen Umfange. Insbesondere sind die Rechte der Reichsritterschaft bey der von den vermittelnden Mächten und Kayser und Reich beschlossenen Entschädigung der weltlichen Reichsstände durch die geistlichen Reichslande in keiner Rücksicht einer Umänderung unterworfen worden. Wie denn überhaupt schon jede, auf gewisse eigends benannte Gegenstände sich beziehende

Veränderung einer Staatsverfassung sich einzig und allein nur auf diese, nicht aber auf die übrigen einer Abänderung nicht ausdrücklich unterworfenen Bestandtheile der Verfassung erstreckt, so findet auch die im Reiche beschlossene Aufhebung der geistlichen Regenten und Regierungen keine Ausdehnung auf weltliche, wie die reichsritterschaftlichen, unmittelbaren Reichsangehörigen. Der Entschädigungsgrundsatz ist in diesem Betracht niemals zum Nachtheile der Reichsritterschaft erweitert worden; in seiner Festsetzung und Anwendung haben weder die vermittelnden Mächte noch Kayser und Reich die Rechte dieses Staatskörpers zu einem Opfer des Friedens zu machen gedacht; vielmehr haben sie den unmittelbaren Reichsadel ausdrücklich in die Cathegorie der weltlichen, zu einer Entschädigung für den Verlust durch Abtragung von Länden und Rechten an Frankreich be-

rechtigten Stände versetzt, indem sie auch den Mitgliedern der Reichsritterschaft für die Aufopferung ihrer auf Erbrecht beruhenden Gerechtsame auf dem linken Rheinufer eine Schadloshaltung in immerwährenden Renten auf Mediatstifter, Abteyen und Klöster angewiesen haben. Das Recht der Reichsritterschaft auf unverletzte Erhaltung ihrer bis hieher besessenen Reichsunmittelbarkeit ist daher unläugbar auch bey der dermalen beschlossenen und wirklich schon eingeführten Umgestaltung des teutschen Reichs überall gewähret worden.

Denkbar ist es nicht, dafs nach einem bey der grossen Umwälzung des teutschen Staatsystems so feyerlich geleisteten Anerkenntnisse des der Reichsritterschaft mit den Erbfürsten in ganz gleichem Maasse zustehenden Anspruches auf die bisher gehabte politische Existenz, von Ständen des Reichs das grosse Wagestück unternommen werden wolle, durch Ver-

rückung der gemeinsamen reichsgrundgesetzlichen Stütze von seiner Stelle den Verfall des reichsritterschaftlichen Körpers zu bewirken, da nach den hier anwendbaren mechanischen Gesetzen eine den Umsturz eines Theils des in genauer Verbindung stehenden Gebäudes zuwege bringende Versetzung der Grundpfeiler den Nachsturz des andern Theils auch zur Folge hat. Wollte man daher auch auf das rühmliche Rechtsgefühl der erhabenen teutschen Fürsten und ihrer würdigen Räthe die pflichtmäßige Rücksicht nicht nehmen, so würde diese Bemerkung schon für sich allein die hohe Wahrscheinlichkeit rechtfertigen, daß sie ihres eigenen Interesse wegen nicht gemeynet seyn können, den Versuch der gewaltsamen Unterjochung der Reichsritterschaft zu machen. Ueberhaupt aber befinden sich die Reichsritter ganz in der gleichen Lage mit den Fürsten und Grafen der dritten und vierten Gröfse, deren

Lande von den Staaten der Fürsten
 der ersten und zweyten Grölse umge-
 ben sind. Die Territorien der Einen
 wie der Andern durchschneiden die
 grossen Fürstenthümer in Schwaben
 und Franken so, dafs für deren Lan-
 desherrn doch niemals das jetzt so
 sehr zur Tagsordnung gebrachte Ver-
 langen nach Einheit befriediget wer-
 den kann, wenn nur die reichsunmit-
 telbare Existenz der Reichsritterschaft,
 und nicht auch zugleich die der klei-
 neren Reichsstände vernichtet wird.
 Gebiethet wirklich das Wohl den
 mächtigern teutschen Fürsten, in ihren
 Ländern der Mindermächtigen Reichs-
 unmittelbarkeit und Territorialhoheit
 länger nicht zu lassen, so mufs sich
 dieses Geboth der Convenienz so all-
 gemein über alle in dem geographi-
 schen Umfange der gröfseren Staaten
 gelegene fremde Gebiethen erstrecken,
 dafs jedem auswärtigen Gebiethsherrn,
 ohne Unterschied, ob er Reichs-Stand
 oder Reichsritter ist, dafs Seine ent-

rissen werde. Recht und Besitz können dann in keinen Betracht mehr genommen werden ; ohne weitere Rücksicht auf dieses bisher für geheiligt geachtete Handlungsprincip, wird bloß der individuelle Vortheil die Richtschnur für den Mächtigen. Die Kraft allein tritt an die Stelle des höchsten Sittengesetzes ; was jeder kann , darf er ; und aufgehoben ist für Teutschland der Staatsvertrag, der dem Schwachen wie dem Starken gleiche Rechte und Pflichten verlieh. Indessen würde durch Einführung eines solchen Einheitsystems der wahre Zustand des Kriegs des Einen wider Alle — und wohl auch Aller wider Einen hervorgebracht werden , in Verfolg welchen am Ende , der Natur der Sache gemäß, nach vollbrachtem Verschlingen der Kleinen von den Großen, auch diese die Beute einiger Größeren werden müßten ; daher möchte doch wahrlich ohne sträfliche Vermessenheit den weisen Herrschern

der mächtigern teutschen Fürstenthümer nicht so, wie es dem neuen Propheten über das künftige Schicksal der Reichsritterschaft gefallen hat, die Tendenz zu einer solchen unrechtlichen und unpolitischen Zerstörung der heiligsten Rechte schwächerer Reichsstände und Reichsritter zuzurechnen seyn. Uebrigens ist das durch den nun geendigten schrecklichen Krieg in eine wahrlich unglückliche Lage versetzte Teutschland berechtigt, von den über der Wiederherstellung seiner Wohlfahrt dermalen verstandenen fremden Mächten, von seinem Oberhaupte und den Reichsständen zu hoffen, daß sie wider die nur zur verderblichsten Auflösung aller Rechtsverhältnisse führenden Vorschritte des Convenienzsystems die kräftigsten Maafsregeln treffen werden, daher es nie zu der alle Sicherheit der Personen und Güter aufhebenden Anarchie werden kommen lassen.

Die angebliche, aber wenigstens durch die ihnen beygelegte Form der alten Herzogthümer nicht richtig charakterisirte Entstehung neuer großen Herzogthümer giebt wohl keine Veranlassung zu der Vermuthung, daß diese alle in ihrem Umkreise gelegenen reichsunmittelbaren Gebiethen, so wie es bey den übrigen geschlossenen Herzogthümern größtentheils geschehen ist, unter der herzoglichen Landeshoheit vereinigen werden, indem der Friedensvertrag und der Reichsdeputationschluss, welche allein den Titel zur Nachfolge in den Staaten der geistlichen Regenten bestimmen, den neuen Herrn der geistlichen Lande genau nur die landesherrlichen Rechte der vorigen Herren, nämlich der Bischöfe, Aebte und Reichsstädte verliehen haben, die niemals auf die Hoheit über die Personen und Besitzungen anderer reichsunmittelbaren, in dem geographischen Umfange ihrer Lande befindlichen Fürsten, Grafen

und Reichsritter erdehnet worden sind. In Gefolge der nach der beliebten Entschädigung der Erbfürsten für den Verlust überrheinischer Lande geschehenen Ueberlassung der bischöflichen, äbtlichen und reichsstädtischen Gebiete an weltliche Reichsstände sind zwar die geistlichen Regierungen aufgehoben, in politischem und publicistischem Sinne sind aber, mit einziger Abänderung des Regierungsoberhaupts, die nämlichen Regierungsverfassungen in den vormals geistlichen nun weltlichen Landen beybehalten. Feyerlich und unverbrüchlich wurde bey der mit der Form des Reichs vorgenommenen grossen Veränderung festgesetzt, daß die Verhältnisse dieser Reichslande gegen die übrigen Reichsterritorien nach den Bestimmungen der Reichsgrundgesetze und der bestandenen Landesverträge ausdrücklich in dem nämlichen Maasse, wie vorhin fortbestehen sollten.

Eine vergebliche Mühe ist es, Be-

fugniss und Beyspiele zur künftigen Unterjochung der Reichsritterschaft in den, nach der Uebernahme der Regierung über die brandenburgischen Marggrafthümer von Preussen unternommenen Occupationen der in den bayreuthischen und ansbachischen Ländern gelegenen reichsritterschaftlichen Gebiethen aufzufuchen. Die preussische Besitzergreifung fremder Territorien betraf nicht nur ritterschaftliche, sondern auch ständische — reichsunmittelbare Besitzungen, läßt sich also schon deswegen als Rechtsgrund für die hier allein gemeinte Unterwerfung der Reichsritterschaft nicht gebrauchen. Offenbar waren auch da nicht, wie nach dem Sinne des Urhebers der Abhandlung über das künftige Schicksal der Reichsritterschaft, jetzt es seyn soll, Convenienz des brandenburgischen Hauses und Unmacht der Herren der occupirten Gebiethen, die zur Ausführung des Executionsplans aufgestellten Gründe, sondern diese wur-

den eines Theils in den, schon von den marggräflichen Regierungen seit Jahrhunderten aus der hohen — freislichen — Obrigkeit gefolgerten, stetsfort behaupteten, und noch gerichtlich nicht definitiv verworfenen Ansprüchen, andern Theils in neu aufgefundenen, auf die Stammerbfolge und Hausgesetzgebung gegründeten Rechten gesucht. Zugleich wurde auch von den preussischen Regierungen die Mittelbarkeit der reichsritterschaftlichen Besitzungen in ihren Landen, nur als auf deren besondere Verfassung gegründet angegeben, in anderen Ländern aber der Reichsritterschaft alle Reichsunmittelbarkeit ausdrücklich zugestanden.

Zwischen der von Brandenburg gemachten und der den grossen Ständen in Schwaben, Franken und am Rhein zgedachten Erwerbung von der Reichsritterschaft Eigenthum ist folglich unverkennbar der Unterschied, dass für jene doch ein Rechtstitel be-

stund, während für diese gar keiner denkbar ist. Ueberdies sind die ohne vorhergegangenes rechtliches Anerkennntniss durch die That, auf eine mit den Gebothen der Reichsverfassung sich nicht vertragende Art selbst ausgeführten Occupationen, von der höchsten Gewalt im Reiche noch nicht gebilligt, können daher auch andere Exemtionen, wären diese selbst sonst so gleichartig, wie sie es wirklich nicht seyn können, nicht rechtfertigen.

Die Schwäche des reichsritterschaftlichen Körpers ist keine Ursache zur Beförderung seiner Auflösung. Sein Recht auf Erhaltung ist so fest begründet, als das Recht der Stände auf ihre Forterhaltung; und sein Vermögen hiezu ist auch, trotz der Verminderung seiner Kräfte noch hinreichend, wenn künftighin der Reichsgrundverfassung von jedem Genossen des teutschen Staatsverbands die Achtung widerfahren wird, zu welcher heilige

Pflicht und eigenes Interesse jeden verbinden, der an der Reichsverfassung Antheil nimmt. Versichert des kräftigsten Schutzes der Reichsgrundverfassung, unterstützt von dem Vertrauen auf den Gemeininn des Kayfers und Reichs, sobald sich von der Erhaltung eines verfassungsmässig bestehenden Reichskörpers handelt, überzeugt von der Entschliessung der vermittelnden Mächte, die so feyerlich in Schutz genommenen Erbrechte der reichsunmittelbaren Reichsglieder aufrecht zu halten, und belebt von Hofnung auf die constitutionellen und liberalen Gesinnungen der neuen Beherrscher der die reichsritterschaftlichen Gebiethen umfassenden Lande, wird die Reichsritterschaft sich wahrlich nicht bewegen finden können, an die nahe Wahrscheinlichkeit der rechtlofsten Beraubung ihrer Reichsunmittelbarkeitsgerechtsamen durch reichsfürstliche Regierungen zu glauben, deren eigene Fortdauer selbst einzig von der All-

und Gemein - Gültigkeit der in der teutschen Constitution enthaltenen Erhaltungsgesetze abhängt.

Freylich sind die in Schwaben und Franken unter dem Ansehen Seiner Churfürstlichen Durchlaucht von Pfalzbayern von den in dessen Entschädigungslanden nachgeordneten Regierungen und Amtsbehörden gegen die Reichsritterschaft vorgenommenen Vergewaltigungen so geartet, daß sie an sich betrachtet, nur auf den Willen, den in dem Umfange der neuen pfalzbayerischen Staaten begüterten Reichsadel zu unterjochen, schliessen lassen. Diese Meynung mußte wenigstens bey dem grossen Publicum erzeugt werden, als es wahrnahm, daß auf ausdrücklichen Befehl der churfürstlichen Regierungen, in den Ortschaften und an den Schlössern der meisten in den fränkischen, nun mit Pfalzbayern vereinigten Staaten, mit der vollkommensten Exterritorialität angefessenen Reichsritter von chur-

fürstlichen Aemtern die Landes - und Regierungs - Uebernahme - Patente angeheftet , und nachdem diese aus Pflicht zur Vertheidigung der unmittelbar nur Kayserlicher Majestät und dem Reiche zustehenden Oberherrlichkeit über die reichsritterschaftlichen Güter , mit Bescheidenheit abgenommen , und mit anständiger Verwahrung zurückgegeben worden waren , mit militärischer Gewalt wieder angeheftet wurden. Bestärkt wurde auch der Glauben an die Absicht , die Reichsritterschaft in den Stand der Mittelbarkeit zu versetzen , als eben auch mit militärischer Macht die neben den churfürstlichen Patenten angeschlagenen reichsritterschaftlichen Proclamationen abgerissen wurden , welche überhaupt das öffentliche Anerkenntniß der dem neuen Regenten der Entschädigungsländer in Hinsicht auf Lehen und Cent etwa zustehenden Rechte , zugleich aber eine die Ehrfurcht gegen Seine churfürstliche Durchlaucht nir-

gends aufser Acht setzende Verwahrung wider die Erdehnung der Landeshoheit enthielten, ja zum grossen Theile auch einen andern Inhalt nicht, als den die nach der geschehenen Rückgabe der Patente von Seite der reichsritterschaftlichen Güterbesitzer von den Regierungen erlassenen Rescripte hatten, dafs nämlich diese Patente nur den Lehenherrs in die neuerworbenen lehenherrlichen Rechte ankündigen sollten.

Die beynahe allgemein mit dieser Anheftung und Abreissung der Patente in reichsritterschaftlichen Ortschaften in Verbindung gesetzten Maafsregeln der kostenvollesten, für einzelne Rittergüter von 20 fl. bis über 1000 fl. hinangestiegenen militärischen Executionen und das grösstentheils mit Uebertretung besonderer Steuerverträge erlassene Verboth, von den durch Lehenheimfall, Käufe und andere Verträge mit den neuen churpfalzbayerischen Landen vereinigt gewesenen

Rittergütern, die bisher bezahlten Steuern an die Ritterortskassen nicht weiter zu zahlen, sondern diese den Landessteuern gleichzusetzen und in die Landeskassen fließen zu lassen, schienen endlich solche Ereignisse zu seyn, die gar keinen Zweifel mehr über den Unterwerfungsplan der in den pfalzbayerischen Indemnitätsprovinzen mit reichsritterschaftlichen Gütern angelegenen reichsunmittelbaren Ritterchaft statt finden ließen.

Diese mit den gerechten Erwartungen auf die Seiner churfürstlichen Durchlaucht zu Pfalzbayern eigene Achtung für die reichsverfassungsmäßigen Rechte jedes Reichstandes und Reichsangehörigen im Widerspruche stehenden Handlungen ihrer nachgeordneten Regierungen und Amtsstellen können indessen doch für unfehlbare Anzeichen des gefassten Entschlusses, in ihren Landen die Reichsritterschaft in ihrer Reichsunmittelbarkeit längerhin nicht bestehen zu lassen, nicht

erkannt werden, da Höchstdieselbe
 auf die Beschwerden der Reichsritter-
 schaft vorläufig zu erklären geruhet
 haben, daß die in den neuerworbe-
 nen Staaten getroffenen Anordnungen
 genau nach deren Verfassung und der
 Reichsconstitution bemessen wären,
 Eingriffe in die Rechte eines Dritten
 niemals zugegeben, und die Landes-
 stellen angewiesen werden würden,
 anders nicht, als nach Principien des
 Rechts zu verfahren. Sind daher auch
 bey der Civilbesitznahme der Entschä-
 digungslande von den pfalzbayeri-
 schen Behörden, der Verfassung und
 dem Rechte widerstrebende Handlun-
 gen gegen die unmittelbare Reichs-
 ritterschaft in Vollzug gesetzt worden,
 so wird ihnen doch gewiß, den un-
 umwunden erklärten, rühmlichsten
 Gefinnungen Seiner churfürstlichen
 Durchlaucht gemäß, nach näherer Un-
 tersuchung der Sache Verhältnisse,
 keine weitere Folge gegeben, sondern
 dem Rechte und Besitze, insbesondere

den Landesverträgen überall nach Pflicht genüget werden.

Dafs die dem Reiche durch den Friedensvertrag mit Frankreich gegebene Gestalt die Landfässigkeit der Reichsritterschaft nicht zur nothwendigen Folge haben müsse, beweiset überdies die erklärte Meynung der zur Reichsdeputation abgeordneten Reichsstände, von deren Landen auch zugleich grossen Theils die Reichsritterschaft umfassen ist, dafs sie der Reichsritterschaft Gerechtsame, so wie diese in der Reichsgrundverfassung und Herkommen begründet sind, so feyerlich anerkenne, dafs jede neue Sanction derselben unnöthig sey.

Auch haben die übrigen Fürsten des Reichs die Maafsnehmungen des churpfälzbayerischen Hofes sich nicht eigen gemacht, sondern immer noch die Unmittelbarkeitsverhältnisse des Reichsadels gegen Kayser und Reich geehret.

Mit einem Worte, die Reichsritter-

schaft darf mit vollem Rechte erwarten, daß bey der Wiederkehr der Ruhe und Ordnung ihre auf Verfassung, Gesetze, Besitz und Verträge gegründete staatsrechtliche Existenz durch schnöde Verachtung dieser heiligen Titel ihrer Erhaltung von Fürsten, Regierungen und Räthen, denen man Rechtsliebe und Rechtskunde zutrauen muß, nicht werde gefährdet werden. Der traurigen Weissagung des unvermeidlichen Unterganges der Freyheit und Unmittelbarkeit der Reichsritterschaft den unbedingten Glauben zu schenken, mag daher zur Zeit wirklich kein Mitglied des reichsritterschaftlichen Vereins sich noch bewogen finden können. Die rechtlichen und politischen Verhältnisse gestatten schlechterdings nicht die Festsetzung der Meynung, daß dem reichsritterschaftlichen Staatskörper die Auflösung ohne Möglichkeit einer Rettung bevorstehe. Drohen ihm auch Gefahren, so sind auch noch Mittel, diese zu entfernen, vor-

handen, welche eher zu versuchen, als sich treulos und feig unter das Joch zu schmiegen, unter welches freye Männer zu bringen, der Geist der Zeit, ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit strebt, Gewissen und Ehre gebiethen. Fordert dann doch ein dormalen nicht vorherzusehendes unfeliges Verhängniß unabänderlich Unterwerfung, so unterziehet man sich seinem unvermeidlichen Geschieke doch mit dem tröstenden Gefühle, vorher alles, was angebohrne und beschworne Pflicht erheischte, zur Erhaltung der Rechte seines bisherigen alleinigen Oberherrschers, des Standes, dem man angehört, und der Unterthanen, deren Vertreter man ist, angewendet, und nur einer höheren Macht, nach erschöpfter Kraft seinen Verbindlichkeiten länger Genüge zu leisten, gewichen zu haben. Die ehrenvolle Beharrlichkeit in der Erfüllung dieser Verpflichtungen wird dann selbst den Herrschern, denen sich die Reichsrit-

terschaft zu unterwerfen bestimmt werden wird, ihre Erwerbung schätzbbarer machen, da sie darauf rechnen können, Unterthanen zu gewinnen, die dem einmal abgelegten Eide der Treue unter allen Umständen selbst mit der Aufopferung der wichtigsten Vorthelle, solange nicht unwiderstehliche Gewalt sie zur Abweichung zwingt, nachzuleben, immerhin gewöhnt und bereit sind. Ein solches pflichtmäßiges und standhaftes Benehmen wird eher Anspruch auf die Großmuth und Gerechtigkeit des neuen Landesherrn geben, als eine Treulosigkeit, die ihnen nur Verachtung abzwängen, daher sie zu vorzüglicher Begünstigung der meineidig an sie übergegangenen Genossen der Reichsritterschaft niemals bestimmen könnte.

IV.

Welche Maafsregeln
hat die
Reichsritterschaft
itzt zu nehmen ?

Die in rechtlicher und politischer Hinsicht dargestellte dermalige Lage der Reichsritterschaft zeigt sich nun in einer Gestalt, nach welcher ihr auch bey dem mächtigsten Andrange, ihre Reichsunmittelbarkeit gegen Mittelbarkeit umzutauschen, nichts zu thun möglich ist, als solange Kayser und Reich sie der Pflicht sich zu erhalten, nicht entheben, ihre Reichsfreyheit durch Anwendung der reichsverfassungsmässigen Mittel zu behaupten ;

ihrer Willkühr ist in diesem Betrachte nichts überlassen; sollte auch wirklich ein Ihr noch so nachtheiliger, beständiger Kampf künftighin gegen Sie geführt werden, so könnte Sie in diesem unglücklichen Zustande doch noch kein Recht finden, sich ohne Widerstand als besieget hinzugeben, solange des Reichs und ihr alleiniges Oberhaupt sie nicht von dem Verbande entledigt hat, in welchem sie gegen Kayser und Reich stehet. Auch würden die Reichsritter in der Schuldigkeit das Beste ihrer Unterthanen zu wahren, noch ein Bedenken gegen die Unterwerfung unter ständische Landesherrlichkeit finden müssen, indem auch die vortrefflichste Staatsverwaltung von den reichsritterschaftlichen Unterthanen den, durch eine neue Landesverfassung nothwendig entstehenden Druck weit höherer Anlagen und beständiger Militärdienstleistungen nicht abzuwenden vermöchte, wodurch sich ihr künftiger Zustand ge-

gen den jetzigen so sehr verschlimmern würde. Bestünde wirklich sonst kein Grund gegen das Anerkenntniß der ständischen Landeshoheit, so müßte dieser für jeden rechtlichen Gutsherrn die mächtigste Triebfeder seyn, es nie, solange er freyen Willen hat, zu leisten.

Wie kann auch ein Weltbürger, für welchen der Urheber der Schrift: Welche Maafsregeln hat wohl jetzt die Reichsritterschaft in Franken und Schwaben zu ergreifen? doch gewiß gehalten seyn will, den ohnehin von den sogenannten Cosmopoliten mit dem Vorwurfe des Egoismus belasteten Adel zu Ergreifung von Vorthelen verleiten wollen, die nur durch den Nachtheil der Unterthanen erreicht werden können?

Hinweggesehen über die in der alleinigen Unterwürfigkeit unter der höchsten Reichsoberhauptlichen Ge-

walt, und in der Vertretung des Interesses der Unterthanen liegenden Hindernisse eines freywilligen Anerkenntnisses der reichsständischen Landeshoheit wird aber wohl die Reichsritterschaft in den ihr von dem Verfasser der Vorschläge über die itzt zu ergreifenden Maafsregeln vorgezeigten Bedingungen der Aufopferung ihrer Reichsunmittelbarkeit die Vortheile nicht finden, die sie auch bey der vollen Freyheit ihrer Wahl bestimmen könnte, ihre Reichsfreyheit mit Landfälsigkeit zu verwechseln. Schon zeigen sich die Vorbedingungen des Unterwerfungsvertrags als höchst lästig. Die Uebernahme von den mittelst eines bestimmten jährlichen Canons zu redimirenden Ritterpferden eignet sich zu einer Militärsteuer, zu welcher die gesammte Ritterschaft um so weniger bestimmt werden kann, als einmal alle in dem Lehenverhältnisse nicht befindliche Reichsritter schon der Natur der Sache nach von Lei-

stung der Ritterpferde befreyt sind,
 zum andern die bey einem vorhande-
 nen Kriege durch den Lehenvertrag
 ausdrücklich hiezu verbundene Ritter-
 genossen nur auf diesem ungewissen
 und seltenen Falle hiezu gehalten sind,
 und endlich die nicht durch beson-
 dere, vertragsmäßige Bedingungen zu
 Stellung von Ritterpferden verpflich-
 tete Vasallen aus der Reichsritterschaft
 nach der heutigen Reichskriegsverfas-
 sung und nach reichsgerichtlichen Er-
 kenntnissen zu solchen Lehendiensten
 nicht mehr vermögt werden können.
 Eben so charakterisirt sich der Vor-
 schlag der Umwandlung der in Kriegs-
 zeiten üblichen Charitativsubsidien
 in eine jährliche Abgabe für jedes
 Kriegsjahr als eine regelmässige und
 nothwendige Kriegssteuer, welche zu
 einer um so grösseren Beschwerde für
 die Reichsritterschaft gereichen muss,
 als das Charitativsubsidium nur ein
 freywilliges und nicht alljährliches
 Opfer zum Besten des Vaterlandes ist.

In der in Antrag gebrachten innerlichen Einrichtung der genossenschaftlichen Verhältnisse zeigen sich keine neuen Begünstigungen, wenn man die Allodification der Mannlehen ausnimmt, die aber an ihrem Werthe durch die Festsetzung des Abtrages verliert, und nur den wenigen mit Geschlechtsagnaten in Mitbelehnenschaft nicht stehenden Vasallen nützlich ist; wohl aber stellen sich Rechtsbeschränkungen in der von der landesherrlichen Genehmigung ganz abhängig gemachten Gültigkeit der vermöge der dem Adel zustehenden Autonomie zu errichtenden genossenschaftlichen Statuten und Familiengesetze dar.

Die Festsetzung der mit jedem Rittergute verbundenen Gerechtsamen verspricht eben auch dem sich dem mittelbaren Adel gleich setzenden unmittelbaren Adel keine besonderen Vortheile. Die zu gewährenden Rechte

der Religionsfreyheit, des Patronats und der Kirchenherrschaft, wo solche hergebracht sind, der Patrimonial- und Erbgerichtsbarkeit, der niederen Cent, des Bestätigungsrechts in außgerichtlichen Geschäften der Unterthanen, der Flur - Dorf - und Markungsherrschaft, der Aufnahme der Unterthanen und Juden, der Subcollection, der Jagd, Fischerey und Forstey, der Frohnden, der Abzug- und Nachsteuer - Handlohn - und Besthauptgelder, der Brau - Schenk - und Schildrechte und des Eigenthums herrnloser Sachen sind bereits schon in den Erb- und Eigenthumsrechten des Adels begriffene, daher an und für sich schon nicht entziehbare Gerechtsame. Die Verstattung der Erbhuldigung von den Unterthanen ist aber von einem so geringeren Werthe, als hiemit ein wesentlicher Gewinn nicht, sondern wohl ein wahrer Verlust verbunden ist, indem die wahre Territorialhuldigung dagegen aufgegeben werden muß.

Die Bestimmung der künftigen Verhältnisse der Ritterschaft zum Staate biethet eben auch solche beglückende Ausichten nicht dar, daß sie zur Verzichtung auf die Reichsunmittelbarkeit bewegen könnten. Die Landstandschaft, bestünde sie wirklich in dem dieser eigenthümlichen Mitwirkungsrechte zu Aufrechthaltung der Landesverfassung, zu der Staatsverwaltung, zu Erhaltung des Landescreditsystems, zu Bestimmung, Erhebung und Verwendung der Steuern u. s. w. würde allerdings in dem Falle des Verlustes der Reichsfreyheit immer noch eine Erwerbung von Bedeutung seyn, wenn diese in dem vollen Umfange der Landstandschaftsrechte verliehen werden wollte. Allein wie dürfte man eine solche in den meisten geistlichen Entschädigungslanden nach der Beschränkung des Zugeständnisses auf Staaten, wo Landstände in der Verfassung liegen, zu erlangen hoffen, da den mittelbaren geistlichen Ständen,

Domcapiteln, Stiftern und Abteyen, die eigentlich in den meisten geistlichen Landen die Landstände allein noch vorstellen, die Auflösung schon zgedacht? — und die Wiedergabe der Landstandtschaft an die Städte nicht denkbar ist. Die Anstellung der Mitglieder des Adels zu Präsidenten, Vicepräsidenten und Räthen bey den Landescollegien wäre wirklich vortheilhaft, jedoch müßte man immer bedenken, daß fähige Rittergenossen sich Staatsbedienungen dieser Art auch bey anderen als den sich ihnen geradezu als Landesherrn aufzudringen geneigten Reichsständen erwerben können, unfähige Edelleute aber mit Recht von solchen Aemtern ausgeschlossen werden. Die verheißene Aufnahme in Dom - Ritter - und Damen - Stifte möchte bey der bekannten Stimmung über Aufhebung dieser geistlichen Körperschaften und deren Herabsetzung in Würde und Ertrag eben nicht als ein großer Vorzug in An-

schlag genommen werden können. Hofdienste dürften wohl niemals, am wenigsten aber jetzt, von wesentlichem Vortheil für den Adel seyn, der seine eigentliche Bestimmung am vollkommensten auf seinen Gütern erfüllen kann. Steuerfreyheit wäre zwar keine neue Erwerbung, aber doch immer eine der ausgezeichnetesten Begünstigungen, welche aber freylich durch die unter der Benennung von Ritterpferden einzuführende jährliche Abgabe beeinträchtigt würde. Die pacirte Steuer der reichsritterschaftlichen Unterthanen an das Land entzöhe, wenn sie auch einer Erhöhung nicht unterworfen werden sollte, immerhin dem adelichen Staatskörper einen ergiebigen Fond zu Beförderung seines Wohls. Die Erhebung einer eigenen Steuer zur Befriedigung des Bedürfnisses der Ritterschaft möchte am Ende in eine die ritterschaftlichen Unterthanen drückende besondere Last ausarten, da die Steu-

ern für das Land und für die Genossenschaft zusammen genommen, wenn sie die Steuer der übrigen Landesunterthanen nicht übersteigen sollen, in der Ausführung unmöglich den Forderungen genügen können, welche die Nothdurft des Staats und der Ritterschaft erheischt, daher am Ende vermehret werden müssen. Die Befreyung der reichsritterschaftlichen Mitglieder und Bedienstigten, von Militärconscriptionen, Einquartierungen und Requisitionsleistungen, die Beybehaltung der Lehen, Gesetze, Gewohnheiten und Taxen, und die Fortgewährung der Zoll- und Mauthfreyheit, wären dann keine neuen Gnadenverleihungen, sondern nur das Zugeständniß von Rechten, die schon an und für sich dem Adel mit Gerechtigkeit nicht entzogen werden können.

Sollte wohl nach reifer Erwägung dieser Bemerkungen ein Mitglied der

Reichsritterschaft sich noch der Meynung überlassen können , daß die Aufopferung der seit der Entstehung der teutschen Monarchie zu seiner vollkommensten Wohlfahrt bestandenen Reichsunmittelbarkeit von ge-
deihlichen Folgen seyn könne ? —

Wer an Geist und Körper gesund ist , wird gewiß die Frage mit dem entscheidendsten Nein beantworten.

Pflicht gegen Kayser, Reich ,
Ritterschaft und Familie erheischt un-
nachlässig von jedem Genossen der
Reichsritterschaft , daß er in der eng-
sten Verbindung mit der Genossen-
schaft, alle Mittel zum allgemeinen
Endzwecke der Erhaltung anwende,
die übernommenen Obliegenheiten
treu erfülle , und sich dem Vereine
nicht entziehe, solange er bestehet.

Zweifelhaft kann es nicht seyn,
welche Maafsregeln die Reichsritter-

schaft jetzt zu ergreifen hat, indem wohl nur eine Meynung darüber bestehet, dafs es ihr, so wie jeder Staatsgenossenschaft, dormalen obliege, ihre in der Wesenheit gemeinnützige Verfassung nach dem, an solcher dem Kayser, dem Reiche, den Rittergenossen und den Unterthanen zustehenden Interesse zu erhalten und zu vervollkommen. Die zu diesem Endzwecke führenden Mittel aufzusuchen und anzuwenden mufs den mit Kenntnifs und Willen ausgestatteten Vorstehern der Reichsritterschaft überlassen werden.

Um aber dem an der Reichsritterschaft in einer oder der andern Rücksicht theilnehmenden Publicum in der Periode, wo so viele für so viele wider ihre Fortdauer stimmen, Stoff zu einem unbefangenen Urtheile über den künftigen Werth des reichsritterschaftlichen Staatskörpers zu geben, wird eine in gedräng-

ter Kürze gefasste Darstellung der Vorkehrungen, welche für die Zukunft zu treffen, diese reichsunmittelbare Genossenschaft sich wahrscheinlich bewogen finden wird, vielleicht doch nicht ganz unwillkommen seyn. In diesem Betrachte theilet der Verfasser seine Vermuthungen in folgenden Sätzen mit.

Vereinigt mit den an ihre Spitze gestellten Vorstehern werden die Reichsritter in der vollkommensten Eintracht für die gemeine Sache ohne auf persönliche Vorthelle zu achten, Alle für Einen, und Einer für Alle unerschütterlich festzustehen sich bestimmt fühlen.

Unter dem unmittelbaren Schutze der Constitution, des Reichs und des Kayfers wird die Reichsritterschaft sowohl in ihrer Gesammtheit als im Einzelnen ihre volle Kraft zu Aufrechthaltung der verfassungsmässigen

Reichsunmittelbarkeit in ihrem ganzen Umfange aufwenden.

Die Erhaltung der Unverletzbarkeit der reichsritterschaftlichen Mitglieder und Gebiethen nach dem staatsrechtlichen Begriffe wird immer der Hauptgesichtspunct der Reichsritterschaft seyn.

Als Mittel zu diesem Endzwecke wird vielleicht auſſer den ſchon durch Verfaſſung verordneten Pflichthandlungen, die allgemeine Errichtung eines Vertrags der Nichtveräuſſerung reichsritterschaftlicher Gebiethen an einen andern als einen Rittergenossen in Anwendung gebracht werden.

Die, Kayſerlicher Majestät vorbehaltenne alleinige Oberherrlichkeit, beſonders das Recht der Oberauſſicht, das Befugniss der Erkenntnisse und Beſtättigung in Anſehung aller die Gebieths-Genoſſenſchaft- und Perſön-

lichkeitsrechte betreffenden Handlungen, die ausschliessliche Gerichtsherrschaft nach ihrem constitutionellen Umfange, und der Anspruch auf alleinige Erlangung von Subsidien in den dazu geeigneten Fällen wird fernerhin von der Reichsritterschaft in dem ganzen Umfange anerkannt werden. In dieser Hinsicht wird die Fassung eines gemeinschaftlichen Beschlusses der gesammten Reichsritterschaft, jedem zum Besitze eines Ritterguts gelangenden Genossen die Verbindlichkeit der Leistung des in der Ritterordnung enthaltenen Huldigungseides durch ungefäumt zu bewirkende Immatriculation in Person aufzulegen, für zweckmässig erachtet werden.

Die Directionsbehörden der allgemeinen Angelegenheiten der Genossenschaft wird durch Uebertragung der nothwendigen Macht nach gemeingültigen Grundsätzen, die das

Wohl der Reichsritterschaft sowohl in ihren innern, als äusseren Verhältnissen sicherenden und befördernden allgemeinen Anstalten anzuordnen die Kraft gegeben werden, genügend, einförmig und schnell die zu Erreichung des Endzweckes nöthigen Verfügungen treffen zu können.

In dieser Absicht wird eine zweckmässige, sich in einem Centralpuncte concentrirende Organisation des Geschäftsganges in Staats - Polizey - Justiz - und Finanzsachen festgesetzt werden.

Nach grundvertragmässigen Bestimmungen wird in allen allgemeinen Staatsverhandlungen, besonders in den Verhältnissen gegen Kayser, Reich, Kreise, Staat und Stände, die Gewalt für das gemeinsame Interesse der Genossenschaft, vorbehaltlich der in dem Privateigenthum ausschliesslich befangenen Rechte der einzelnen Mitglie-

der, zu unterhandeln und zu beschließen, in dem nothwendigen Umfange, dem Generaldirectorium dann den Kreis - und Orts-Directorien ertheilet werden.

Die Polizeygesetzgebung, nach dem Gesichtspuncte der höheren Polizey, wird als ein ohne Nachtheil des Ganzen, dem Einzelnen nicht zu überlassendes Hoheitsrecht den Directorien übergeben werden.

Zur Befriedigung des allgemein gerechten Anspruches auf eine, in sub - und objectiver Rücksicht dem Begriffe einer guten Justitzverfassung entsprechende Gerechtigkeitsverwaltung, wird eine der Reichsritterschaft gemeingültige Gerichtsordnung für Mitglieder und Unterthanen entworfen und angenommen werden.

Zu Sicherung der Finanzen der Reichsritterschaft wird ein auf das

Vermögen der Cantone, der Mitglieder und der Unterthanen nach gleichen Grundsätzen wirkendes Credit-system errichtet werden.

Die öffentliche Direction der Reichsritterschaft wird ihre Verwaltung einer jährlich ihrem Oberhaupte und der Genossenschaft darzulegenden öffentlichen Rechenenschaft unterwerfen.

Endlich wird eine neue, alle Eigenheiten der reichsritterschaftlichen Verfassung, mit den neuen Verbesserungen verbindende allgemeine Ritterordnung errichtet werden.

Hat dann die Reichsritterschaft durch die dem edlen Geiste der Zeit angemessene Vervollkommnung ihrer Verfassung sich in Stande gesetzt, überall zu dem gemeinsamen Besten des Reichs, der Kreise und der einzelnen Reichslande mit Erfolg beyzuwirken, so wird es gewiss ihre erste Sorge seyn,

ihr Verhältniß gegen die angränzenden Reichsstände nach dem bestehenden wechselseitigen Interesse, unter Vermittelung, Leitung und Bestätigung des Reichsoberhauptes, durch Erneuerung der alten und Errichtung neuer Verträge so zweckmäfsig zu bestimmen, dafs für beyde Theile Vortheile, für keinen Theil aber Nachteile fernerhin zu beforgen seyn werden.

Die, zu dem Besitze der das reichsritterschaftliche Gebieth umfassenden teutschen Staaten gelangten Fürsten werden dann in der reichsritterschaftlichen Verfassung ein wirkliches Hinderniß zur Einführung einer beglückenden Staatsverwaltung in ihren Ländern nicht mehr wahrnehmen, daher auch keine Ursache mehr finden können, unter dem Vorwande des Wohls ihrer Länder sich dem Anerkenntnisse der Gesetze, Verträge und Besitzhandlungen zu entziehen, welche

die Schutzwehre der Reichsritterschaft
sind.

Werden diese Betrachtungen die
Stimme - und Urtheilsfähigen Männer
der teutschen Nation zu einer von
Partheylichkeit freyen Erwägung der
Gründe für und wider die Forterhal-
tung der doch gewifs vielfach mit gro-
ßem Unrechte angegriffenen Reichsrit-
terschaft veranlassen, so ist die Absicht
ihrer öffentlichen Bekanntmachung er-
reicht.

Geschrieben den 28. Februar 1803.

Errat.

S. 48. Z. 1. von unten, l. das — statt dafs —

King's College



Welche Maassregeln kann wohl die Reichsritterschaft in Franken und Schwaben jezt ergreifen? ein Gegenstück der Druckschrift: Was für Maaß regeln hat wohl die Reichsritterschaft in Franken und Schwaben itzt zu ergreifen?

[S.l.] 1803

J.publ.g. 441

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10560161-4